

Deutschland - Niederlande. Einige Vorbemerkungen zu einer Monographie über das Problem des deutsch-niederländischen Grenzstreites 1945-1949*

Grenzstreitigkeiten gehören sicherlich zu den häufigsten Ursachen bewaffneter Auseinandersetzungen im Laufe der Geschichte bis in unsere Zeit. Seltener schon erscheinen sie als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen wie im Falle des deutsch-niederländischen Grenzstreits, der sich von 1945 bis zu seiner endgültigen Beilegung im beiderseitigen Grenzvertrag 1964 hinzog. Hierbei sind jedoch im wesentlichen eine erste 'heiße' Phase von 1945 bis zu den Annexionen im Mai 1949 und eine Phase latenter Spannungen von 1950 bis 1964 zu unterscheiden.¹ In dem vom Zentrum für Niederlande-Studien getragenen Projekt zur Erforschung und Dokumentierung dieses Grenzstreites wird jedoch aufgrund überreichlich fließender Quellen nur die erwähnte erste Phase thematisiert werden können. Eine Zeit, die geprägt ist von der sich gegenseitig bedingenden Aktivitäten nicht nur der niederländischen Regierung und der Landesregierungen in der britischen Besatzungszone, sondern mehr noch der niederländischen Annexionsausschüsse und ihrem Widerpart, dem Bentheimer Grenzlandausschuß. Diese Ausschüsse planten und koordinierten mit entgegengesetzten Zielvorgaben die Aktionen und Verhaltensvorgaben der grenznahen Bevölkerung und nahmen die Vermittlerrolle zwischen diesen Betroffenen und den jeweiligen Regierungen wahr.² Ziel des laufenden Projektes ist es, besonders diese regionalen Aktivitäten darzustellen, zu bewerten und die Quellen einem interessierten Publikum zu erschließen. Im folgenden wird nach einem kurzen Abriß der politischen Entwicklungen anhand weniger Beispiele gezeigt, welche Quellen zur Verfügung stehen und welche Ergebnisse ihre Untersuchung zutage fördern kann.

Schon im Mai 1945 wurden in den Niederlanden die ersten Überlegungen vorgetragen, die auf eine Wiedergutmachung von deutscher Seite zielten.³ Da das geschlagene Deutschland über keine finanziellen Möglichkeiten verfügte, wurde in Den Haag bald der Ruf nach Gebietsannexionen laut. Im Laufe des Sommers

* Reinhold Schneider M.A. ist wissenschaftliche Hilfskraft am Zentrum für Niederlande-Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

¹ H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990, S. 213-240.

² Archief Buitenlandse Zaken (ABZ), Collectie van Kleffens, Doos 1, *Rapport Grenskorrectiones*.

³ Ebd.

bildeten sich aus den schon im Mai entstandenen lokalen Annexionsausschüssen sowohl eine Dachorganisation, das 'Niederländische Komitee für Wiedergutmachung'⁴, sowie ein von der Regierung in Den Haag eingesetzter Annexionsausschuß.⁵ Diese Ausschüsse sollten bis zum folgenden Jahr genaue Pläne des zu annektierenden Gebietes und über die Behandlung der dort lebenden Bevölkerung erarbeiten. Doch sowohl über das Gebiet als auch über die Frage der möglichen Ausweisung deutscher Bevölkerung wurde keine Einigkeit erzielt.⁶ Zudem zeigte sich schon 1946, daß sowohl Großbritannien als auch die USA eher dazu neigten, Deutschland als Teil eines 'Cordon Sanitaire' im beginnenden Ost-West-Konflikt wieder aufzubauen, wobei eine weitestgehende Integrität des deutschen Territoriums die Voraussetzung für ein gutes Gelingen darstellte.⁷ Im Angesicht der eigenen Uneinigkeit sowie der mangelnden Unterstützung der Alliierten begann man in den Niederlanden ab 1946 die Forderungen sukzessive zu reduzieren. Mit dieser Reduktion ging auch eine terminologische Änderung einher. Sprach man 1945 unverblümt von Annexionen deutschen Gebietes als Kriegsentschädigung, so war ab 1946 nurmehr die Rede von 'Grenzkorrekturen', um lokale Benachteiligungen der Niederländer zu beseitigen.⁸ Diese 'Korrekturen' wurden am 30. September 1946 im Haager Kabinett beschlossen und ein Memorandum mit der Auflistung der nunmehr reduzierten Forderungen in Auftrag gegeben.⁹ Das Memorandum wurde den Alliierten schon am 5. November des Jahres vorgelegt.¹⁰ Die dort vorgeschlagenen Grenzkorrekturen umfaßten ein Gebiet von 1750 km² mit 119.000 Einwohnern. So sollten die Insel Borkum, die Emsmündung, das Bourtanger Moor, die Bentheimer Bucht und Teile des Kreises Kleve, insbesondere der Grenzort Elten an die Niederlande übergehen.¹¹ Zusätzlich forderte die Regierung noch Nutzungsrechte an Kohle- und Kalibergwerken im Raum Aachen/Heinsberg sowie Holzein-

⁴ Vgl. K. PAPST, *Holländisch für vierzehn Jahre*, in: W. FÖRST (Hrsg.), *Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens* 7, Köln/Berlin 1979, S. 149f.

⁵ Vgl. Anm. 1.

⁶ H.A. SCHAPER, *Wij willen zelfs niet Mönchen-Gladbach! De annexatie kwestie 1945-1949*, in: *Internationale Spectator* 39,5 (1985), S. 261-272.

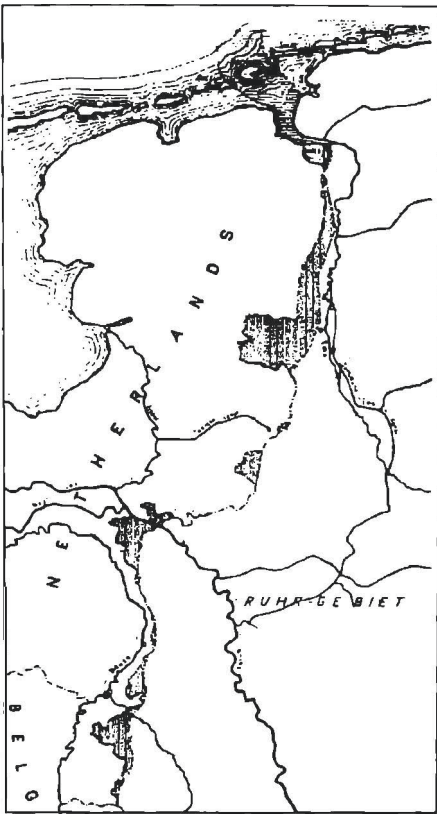
⁷ Vgl. dazu ein Schreiben des Londoner Botschafters vom 7. Oktober 1945, ABZ 912.13, *Duitsland, Grenscorrecties, nederlandse standpunt*, Deel 1, 1945-1946.

⁸ ABZ, *Collectie van Kleffens, Washington 1947-1950, Rapport Grenscorrecties*.

⁹ LADEMACHER (wie Anm. 1), S. 227.

¹⁰ Ebd.

¹¹ ABZ, *Ambassade der Nederlanden Parijs, Doos 11*, 5.11.1946, 25.1.1947.



schlagenehmigungen entlang der gesamten Grenze.¹² Als Begründungen wurden nicht nur eine Verkürzung der Grenzlinie von 525 auf nur noch 340 km angegeben, sondern insbesondere auch wirtschaftliche Nachteile, die durch den neuen Grenzverlauf aufgehoben wären. Besonderes Gewicht legten die Autoren des Memorandums hierbei auf eine Verbesserung der Infrastruktur zu Lande und zu Wasser.¹³

Das Memorandum stieß nicht nur, wie zu erwarten war, in der britischen Besatzungszone auf Widerstand, sondern wurde auch von den Alliierten selbst äußerst zurückhaltend aufgenommen.¹⁴ Bei den Alliierten hatte sich inzwischen im Zuge des sich zuspitzenden Ost-West-Gegensatzes eine Haltung durchgesetzt, die das Territorium Deutschlands unversehrt zu erhalten suchte. Außerdem wollte man sich nicht in eine Reihe mit den Sowjets stellen lassen, die sowohl ihre als auch die polnische Westgrenze weit nach Westen vorgeschoben hat-

ten. Ebenfalls wenig günstig für die niederländischen Forderungen wirkte sich der Verzicht Belgiens und Luxemburgs auf Annexionen deutschen Gebietes aus.¹⁵ Diese geringe Neigung der Alliierten, niederländischen Ansprüchen entgegenzukommen, wirkte sich auch direkt auf die Ausprägungen der deutschen Reaktionen aus, die sicherlich weniger heftig ausgefallen wären, wenn auch die Alliierten konsequent für Gebietsabtretungen eingetreten wären.

Wichtigstes Organ für die Inizierung und Koordinierung der deutschen

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ LADEMCHER (wie Anm. 1), S. 226.

¹⁵ ABZ, Ambassade der Nederlanden Parijs, Doos 17, Schreiben Van Spaaks an Boetzelaar vom 14.9.1946.

Gegenmaßnahmen war der 1946 gegründete *Bentheimer Grenzlandausschuß*.¹⁶ Dieser trat erstmals im Februar 1947 mit einer ausführlichen Stellungnahme zum niederländischen Memorandum an die Öffentlichkeit.¹⁷ Der Ausschuß lehnte hierin rigoros jede Abtretung deutschen Gebietes an die Niederlande ab. In der Folgezeit koordinierte er dann alle Aktivitäten von seiten der Handelskammern, Grenzkreise und auch der neugebildeten Landesregierungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.¹⁸ Diese Aktivitäten, von niederländischer Seite als unverschämter Affront gewertet, wurden zum Teil von den britischen Besatzungsoffizieren unterstützt oder zumindest geduldet.¹⁹

Die folgenden zwei Jahre waren gekennzeichnet von gegenseitigen Stellungnahmen und neuen Begründungen für sich immer weiter verringernde Forderungen. Einen vorläufigen Abschluß fand der Grenzstreit im Mai/Juni 1949, dem Termin, zu dem die Umsetzung der Restforderungen der Niederlande nicht mehr zu verhindern war.²⁰ Die Selfkant sowie die Gemeinden Suderwick und Elten wurden dem Hoheitsgebiet der Niederlande eingegliedert und verblieben dort bis zum endgültigen Grenzvertrag von 1964.

Die bis hierher kurz beschriebenen Entwicklungen sind weitgehend untersucht und in der Forschung unumstritten. Weniger Beachtung fanden jedoch bisher die Haltung und die Reaktionen der direkt oder indirekt betroffenen Grenzbevölkerung sowohl Deutschlands als auch der Niederlande.

Das vom Zentrum für Niederlande-Studien initiierte Projekt hat sich nun zur Aufgabe gestellt, eben diese Positionen näher zu beleuchten. Zudem kann durch den bisher noch nicht unternommenen Versuch, das gesamte Material an einem Ort zusammenzutragen und zu sichten, auch für die politischen Verhältnisse und Abläufe durchaus auch noch mit verschiedenen nuancierenden Erkenntnissen gerechnet werden. Bislang bestand die Hauptaufgabe in der Beschaffung und bis dato teilweisen Sichtung des umfangreichen Aktenmaterials. Umfangreiche Bestände bargen die übergeordneten Bereichsarchive auf deutscher Seite.²¹ Den größten Umfang hatte das Archiv des Bentheimer Grenzlandausschusses. Wie die Akten ergaben, dokumentierte dieser Ausschuß, soweit es ihm möglich war, die gesamte Entwicklung der Ereignisse, sofern sie einen schriftlichen Niederschlag fand. Die eigene

¹⁶ Bundesarchiv Koblenz, Bentheimer Grenzlandausschuß, Ba 183, 27, vom 12.2.1947 (im folgenden zitiert als BAK, B 183).

¹⁷ ABZ, 912,13, Doos 213, nach Februar 1947.

¹⁸ Vgl. Anm. 16.

¹⁹ Bundesarchiv Koblenz, Ba 183, 41, vom 29.12.1947.

²⁰ LADEMACHER (wie Anm. 1), S. 239.

²¹ Große Aktenbestände fanden sich im Bundesarchiv Koblenz (Bentheimer Grenzlandausschuß, B. 183) sowie in den Staatsarchiven in Hannover und Düsseldorf als Teile der Staatskanzleibestände.

Arbeit des Ausschusses zeigt sich als Reaktion auf niederländische Forderungen. Nach dem ersten Bekanntwerden startete man schon Ende 1946 eine erste große Umfrage bei Grenzkreisen und Gemeinden, um die Stimmung der Politiker vor Ort zu ermitteln.²² Die einmütig negativen Stellungnahmen sind jedoch in ihrem Tenor so ähnlich, daß man von einer Vorlage ausgehen kann, der nur zugestimmt wurde. Der Ausschuß brauchte also eher Munition zur Durchsetzung vordefiniertes Ziele als ein Bild der wahren Stimmung vor Ort. Vom Ausschuß archivierte Zeitungen aus den Niederlanden zeugen, natürlich wiederum tendenziell, von einem Bewußtsein weitgehender Gleichgültigkeit der deutschen Grenzbevölkerung gegenüber den Forderungen des Nachbarlandes.²³ Sollte dies zutreffen dann war dies wohl bedingt durch den frühzeitigen Verzicht der Niederländer auf Ausweisung der angestammten Bevölkerung aus dem Annexionsgebiet. Die weiteren Archivalien zeigen das Bemühen des Ausschusses, Gründe gegen eine Annexion in Gutachten zusammenzutragen und den entscheidenden Stellen zugänglich zu machen.²⁴ Neben den großen Gutachten wurde auch minutiös die Vor- bzw. Entstehungsgeschichte dieser Schriften, vom ersten Teilgutachten betroffener Instanzen über Verbesserungsvorschläge verschiedenster Stellen bis zum fertigen Gutachten,

²² BAK, B 183, 16; die Resolutionen datieren vom 16., 17. und 18. November 1946.

²³ BAK, B 183, 41, S. 26: *Maasbode* vom 12.12.1946 (Übersetzung): "... Man braucht nur gelegentlich ein paar Tage durch das Grenzgebiet - an der deutschen Seite - zu reisen, um zu erfahren, welche eine groteske Übertreibung gemacht wird, womit die deutschen Politiker in heiliger Verantwortung ihre Proteste würzen. Denn die deutsche Grenzbevölkerung hat die niederländischen Forderungen mit einer auffallenden Ruhe aufgenommen.

Wir haben von Norden bis Süden mit zahllosen Bauern gesprochen und trafen allerdings allgemein eine große Unterschiedlichkeit in der Beurteilung der Frage an, zu welcher Nation sie sich bekennen sollten. Wenn sie unbehelligt ihre Arbeit weiter verrichten können, dann machen sie sich über diese großen Fragen keine allzu großen Sorgen. Die meisten fühlen sich sowieso als halbe Holländer..."

²⁴ Zu den großen Gutachten vgl. BAK, B 183, 62 vom Sommer 1947 (*Abriß der Geschichte...*, von Wolfgang Kothe), B 183, 50 vom August 1947 (*Überblick über die deutsch-niederländische Frage*, von Wolfgang Kothe), B 183, 19 vom 15.8.1947 (*Stellungnahme zu den holl. Memoranden*, von Oberbaurat Sagemüller aus Meppen), B 183, 25 vom Oktober 1947 (Gutachten des Wasserstraßendirektors Franzius), B 183, 23 vom 19.1.1948 (Gutachten des Verwaltungsrates für Verkehr des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes in Bielefeld), B 183, 8 vom 12.2.1948 (Gutachten des Bentheimer Grenzlandausschusses), B 183, 20 vom 8.3.1948 (*Gutachtliche Äußerungen über Torf Erdöl und Kohle...*), B 183, 10 vom 10.1.1949 (Stellungnahme der Akademie für Raumforschung) und B 183, 7 vom Mai 1949 (ausführliches Gutachten des Bentheimer Grenzlandausschusses).

dokumentiert.²⁵ Diese Materialien wurden jedoch nicht vom Ausschuß selbst weiterverwandt, sondern den zuständigen Landesregierungen und alliierten Behörden zugestellt.²⁶ Der Ausschuß selbst stellt sich also als Organisation ohne politisches Mandat dar, die allein anderen Stellen zuarbeiten sollte.²⁷ Dieser Auftrag des Ausschusses bedingte wohl auch die eindeutige Haltung zur Annexionsfrage, die nicht unbedingt repräsentativ sein muß. Es ist denn auch nicht leicht Meinungsbilder der Grenzbevölkerung zu zeichnen. Direkte persönliche Äußerungen fehlen, oder sind in den örtlichen Archiven nicht dokumentiert worden.

Nur wenige Stücke, wie z.B. Handzettel, die in Elten verteilt wurden, zeugen von der negativen Einstellung zumindest eines größeren Teiles der Bevölkerung den Annexionswünschen gegenüber.²⁸ Nicht mit letzter Sicherheit einzuordnen ist denn auch die veröffentlichte Meinung, die in Form von Zeitungsausschnittsammlungen in fast allen Archiven anzutreffen ist. Die Presse reagierte auf beiden Seiten der Grenze heftig und zum Teil äußerst polemisch auf die Forderungen bzw. die Ablehnung derselben.

Kaum zu entwirren wird jedoch das Geflecht der gegenseitigen Beeinflussung von Presse und Bevölkerung sein. Sowohl durch Pressemeldungen als auch Verlautbarungen von Politikern aller Ebenen zieht sich auf deutscher Seite eine solch einmütige Ablehnung der Annexionen, wie sie in der Bevölkerung wohl kaum so eindeutig anzutreffen gewesen ist. Vor Ort dürfte vielmehr die Unsicherheit über geographische



²⁵ BAK, B 183, 16, 17, 30-34.

²⁶ Eine Veröffentlichung der Gutachten war wohl zu keinem Zeitpunkt geplant. Die vorbereitenden Gutachten tragen alle den Vermerk "Streng vertraulich" (Anm. 24).

²⁷ Vgl. Abschlußbericht des Bentheimer Grenzlandausschusses 12.2.1964, in: Staatsarchiv Aurich, Rep. 17/22, Nr. 22.

²⁸ Stadtarchiv Emmerich, Drostant Elten I, 1941-1952, Inv. nr. 1/2.

Ausdehnung und vor allem Modus der Annexionen vorherrschend gewesen sein, die auch aus den Schreiben vieler Bürgermeister hervorgeht.²⁹ Diese Unsicherheit bestand aus deutscher Sicht nicht zuletzt darin, daß die Niederlande alle Verhandlungen naturgemäß nur mit den Alliierten führten und deutsche Behörden weitgehend ignorierten.³⁰ So befaßte sich ein großer Teil der Korrespondenz des Ben-



theimer Grenzlandausschusses damit, immer wieder aufkeimende Gerüchte über neue Forderungen zu verifizieren und den genauen Umfang der Forderungen überhaupt einmal abzustecken. Aktivitäten des Ausschusses zur Information der Bevölkerung und zugleich auch der Beeinflussung der Bewohner im Sinne einer harten Linie sind kaum belegt, waren wohl auch nicht vorrangig.³¹ So fanden nur wenige öffentliche Versammlungen statt, alle im Umfeld der eigentlichen Annexionen im April 1949.³² So daß die Bevölkerung wohl nur in Zeiten akuter Bedrohung informiert und wohl auch instrumentalisiert wurde. Ein Filmprojekt über die Grenzforderungen, der schon 1947 in der Planung war, ist hingegen nie realisiert worden, weil man Reaktionen von niederländischer Seite befürchtete.³³ Insgesamt zeigen viele Briefe auch zur Erstellung der Gutachten eine Tenden-

denz, den Nachbarn möglichst nicht zu reizen, wohl um nicht noch umfangreichere

²⁹ BAK, B 183, 36.

³⁰ Die linke Abbildung stammt aus der *Nordwestdeutschen Rundschau* vom 16.4.1949 (B.A.K., B. 183, 44, S. 56.). Die rechte ist einer Flugschrift entnommen, die im Gemeindearchiv in Roermond liegt.

³¹ Die linke Abbildung stammt aus der *Nordwestdeutschen Rundschau* vom 16.4.1949 (BAK., B 183, 44, S. 56.). Die rechte ist einer Flugschrift entnommen, die im Gemeentearchiv in Roermond liegt.

³² BAK, B 183, 22.

³³ BAK, B 183, 28, S. 152 vom 9.6.47 "*Die Grafschaft Bentheim-deutsches Land*".

Forderungen auszulösen.³⁴ Das bisher konstatierte bezieht sich weitgehend auf die Bestände des Bentheimer Grenzlandausschusses. Archivalien aus anderen Archiven liegen zwar in großer Zahl vor, konnten bisher aber noch nicht in größerem Umfang gesichtet werden. Jedoch zeigte schon eine erste Durchsicht des Materials, daß auch die Landesregierungen in Hannover und Düsseldorf an der Entscheidung über Annexionen nicht direkt beteiligt waren. Zwar versuchte man, direkt auf die Niederländer und natürlich auch auf die englischen Stellen einzuwirken, hatte aber keine Möglichkeit mitzuentcheiden.³⁵ Das bedeutet, daß für die genaue Aufarbeitung der 'großen Politik' die Sichtung besonders der Archive des britischen Foreign Office und des Ministerie van Buitenlandse Zaken in Den Haag erforderlich sein wird, da nur hier die Originale der niederländischen Akten die Grenzforderungen betreffend liegen können. Eine endgültige Sichtung dieser beiden Archive steht noch aus.³⁶ Bisher wurden die Archive auf deutscher Seite gesichtet und das Material beschafft. Die Bestände der niederländischen Gemeindearchive treffen gerade bei der Abfassung des vorliegenden Artikels ein, können also nur zum Teil schon mitberücksichtigt werden. Deutlich tritt jedoch bereits ein Trend hervor, der die Niederlande in zwei geographische Sektoren teilt. Im Norden des Landes, dem ja durch die Annexionen die größten Bodengewinne zuteil werden sollten, fielen die Reaktionen der örtlichen Stellen am wenigsten deutlich zugunsten der "Grens-correcties" aus.³⁷ So zeigt ein Protokoll des Gemeinderates von Eibergen in Gelderland nur eine Minderheit extremer Annexionsbefürworter.³⁸ Die Mehrheit war eher unentschlossen und fürchtete durch allzu rigides Vorgehen zwar Landgewinn, aber dennoch wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. Die Gemeinde Eibergen betraf dies insbesondere, da die ortsansässige Pickerfabrik (Picker sind Teile von mechanischen Webstühlen) fürchtete, der direkten Konkurrenz ihres einzigen deutschen Pendanten in Vreden ausgesetzt zu sein, sollte wie geplant auch diese Stadt an die

³⁴ Vgl. hierzu verschiedenste Briefe an den Ausschuß im Zuge der Vorbereitungen der Gutachten, BAK, B 183, 30-34.

³⁵ Zu diesen Bemühungen ist wohl auch der Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold in Den Haag zu rechnen.

³⁶ Auszüge aus einigen Akten dieser Archive liegen vor und deuten auf das Vorhandensein großer Bestände hin.

³⁷ Die Gründe hierfür sind im einzelnen noch durch die Bearbeitung des Archivmaterials zu klären. Dabei wird dann sicherlich auch deutlich werden, inwieweit regionale politische und religiöse Einstellungen die Grenze auch im Bewußtsein der Bevölkerung deutlicher hervortreten lassen, oder gemeinsame Traditionen überwiegen.

³⁸ Gemeinde-archief Eibergen, Dossier Nr. 2577 vom 11.12.1946.

Niederlande übergehen.³⁹ Es gab jedoch auch im Norden der Niederlande einzelne lokale Politiker, die eine Annexion befürworteten. Wie verschieden die Gründe dafür sein konnten, zeigt besonders gut ein Brief des Bürgermeisters von Enschede an den Kommissar der Königin in Zwolle: "*Vooreerst bevindt zich ten N.O. van Glanerbrug, ongeveer 100 m van de Nederlandse grens, de jeneverstokerij Viefhues, die steeds een broeïnest van drankmisbruik en smokkelarij was, dat vele a-sociale elementen uit deze buurt tot zich trok.*"⁴⁰ Im Süden der Niederlande, insbesondere in Limburg, wurde die Annexion deutschen Gebietes mit weitaus mehr Nachdruck verfolgt. So waren allein hier örtliche und regionale Annexionsausschüsse über einen längeren Zeitraum tätig.⁴¹ Hier überwogen nicht geographische Elemente, sondern wirtschaftliche Forderungen. Die Limburger Schwerindustrie und die Naturprodukte weiterverarbeitende Industrie drängten nach weitgehenden Zugriffsrechten auf deutsche Bodenschätze, sowie direkte Abschöpfung von Industriegewinnen.⁴² Die Einstellung der Bevölkerung wird sicherlich eine genauere Sichtung des Materials ergeben, zu dem noch Archivalien aus den Provinzialverwaltungen in Maastricht und Arnhem kommen werden.

³⁹ Gemeentearchief Eibergen, Brief des Direktors der Pickerfabrik Eibergen an die Kamer van Koophandel vom 3.6.1947.

⁴⁰ Gemeentearchief Enschede, Brief vom 6.2.1946. Am 7.4.1948 erhält die Gemeinde Eibergen einen Bericht über die Gründe der Annexionswünsche (Gemeentearchief Eibergen, Dossier Nr. 2577), in dem neben den vielzitierten Verbesserungen der Infrastruktur und Wirtschaft auch das Motiv genannt wird, das wohl insgesamt hinter den niederländischen Forderungen steckt: "*Secundair heeft men oog voor het element van straf dat in gebiedsafstand is gelegen*". Als Gegenbeispiel für die deutsche Seite mag hier stellvertretend eine Aussage aus einer Denkschrift der Stadt Emden an die Weltöffentlichkeit (Bundesarchiv Koblenz, B. 183, 16, S. 107f.) gelten: "*Emdener, Ostfriesen mißbilligten von Anfang an den Einmarsch in Holland*" und sind daher in jedem Falle schuldlos.

⁴¹ Vgl. dazu Amn. 2.

⁴² Besonders die Aachener Kohlereviere sollten unter niederländische Vertragsverwaltung gestellt werden.